

Zum kulturpolitischen Teil des Grundsatzprogramms

I

Es ist nun bald zwei Jahre her, seitdem der Außerordentliche Bundeskongreß des DGB in Düsseldorf über sein Grundsatzprogramm beschloß. Zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften verfügen wir über ein geschlossenes, alle Lebensbereiche berührendes Programm, das geschaffen wurde in der Konsequenz unseres Anspruchs, auf gesamtgesellschaftlichem Gebiet zu wirken.

Wir haben uns über Mangel an Publizität — sofern sie die Kritik und Diskussion der Grundsätze betraf — nicht zu beklagen gehabt. Das Programm hat in der Öffentlichkeit und natürlich auch innerhalb der Gewerkschaften starke Beachtung gefunden. In einer mehrere Wochen andauernden Presseauseinandersetzung ist seinerzeit das Für und Wider erörtert worden. Ein Teil der Zeitungen und Zeitschriften stimmte zu, ein anderer lehnte ab. Dazwischen gab es eine ganze Skala differenzierter Meinungen über einzelne Teile. In der Gesamttendenz der Presseartikel überwog die Kritik und die Ablehnung. Das kann uns nicht wundern, denn wir melden Forderungen an, wir stecken Ziele, die manchem, der nicht auf unserer Seite steht, nicht behagen, weil sie an Positionen und Besitzverhältnissen rütteln, die man gern als feststehend betrachten möchte.

Erstmalig finden wir nun in einem Programm der Gewerkschaften kulturpolitische Grundsätze in geschlossener, umfassender Form. Viele Stimmen aus dem anderen Lager (eigentlich sind es deren mehrere) setzten sich mit dieser Tatsache und ihrem Inhalt auseinander. Immer wieder klingt dabei in offener oder versteckter Form die Meinung an: Die Gewerkschaften haben sich um Kulturpolitik nicht zu kümmern, sie sollten sich auf ihre „ureigensten“, auf die „ihnen gemäßen“ Aufgaben beschränken. Anders ausgedrückt; bleibt bei der Sozialpolitik, das ist euer Feld und — hinter der Hand gesagt — dort stört ihr auch am wenigsten unsere Kreise. Daß man natürlich für sich selbst kulturelles Wirken durchaus in Anspruch nimmt, darf allerdings nicht in Frage gestellt werden.

Es ist nun in diesem Programm — ausgehend von der Situation und den Möglichkeiten der Gegenwart — der Versuch unternommen worden, aufgrund der Erfahrungen und Erfolge des Gestern eine Bestandsaufnahme für das Heute zu versuchen, um daraus Größe und Durchsetzbarkeit der künftigen Aufgaben zu ermessen. Das Verständnis und die Interpretation der Ziele verlangen vom Leser — also auch vom Funktionär und Mitglied im Betrieb — ein hohes geistiges Niveau. Wollen wir nicht in den Verdacht geraten, daß die Thesen mehr für die Öffentlichkeit und nicht so sehr für die Eigenorientierung geschrieben wurden, so kommen wir um gründliche Diskussionen, Erläuterungen, Kommentare im gewerkschaftlichen Bereich nicht herum. Es ist schon eine Bildungsaufgabe und bedeutet erhebliche geistige Anstrengung, zu konkreten Vorstellungen über die Konsequenzen des Inhaltes der Grundsätze zu kommen, und die Diskussion über die Möglichkeiten ihrer Realisierung hat eigentlich noch gar nicht begonnen. Hier nachzuhelfen, auf einige Bereiche hinzuweisen, die nach meiner Meinung unterbewertet wurden oder gänzlich fehlen, ist der Sinn dieser Zeilen.

II

Wie in jeder Grundsatzveröffentlichung finden wir auch in unseren kulturpolitischen Grundsätzen Aussagen, die — abgesehen von der Gliederung — in mehrere Kategorien einteilbar und unterschiedlich zu bewerten sind. Da sind zunächst solche, die bereits Bestandteil der gegenwärtigen Verhältnisse sind (Kulturpolitik der Gemeinden, Zuständigkeiten der Länder, Bildungswesen als öffentliche Aufgabe, Unabhängigkeit von For-

ZUM KULTURPOLITISCHEN TEIL DES GRUNDSATZPROGRAMMS

schung und Lehre usw.), daneben solche, die in absehbarer Zeit realisiert werden können, bzw. keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten sollten (10. Schuljahr, Behebung des Lehrermangels, Ausbau des Fachschulwesens, Entwicklungshilfe usw.). Andere wieder sind Forderungen von Idealzuständen und als solche zwar wünschenswert und anzustreben, aber kaum zu verwirklichen (Freiheit und Unabhängigkeit der Presse, Auswertung von Forschungsergebnissen nur für friedliche Zwecke u. a. m.).

Der Wunsch nach wahrheitsgetreuer Information der Bevölkerung durch die Presse bleibt Deklamation; sehen wir uns die realen Zustände an. Die bei uns immer wieder auflebende Diskussion um eine eigene Tageszeitung erhält ihre Berechtigung von der oft unsachlichen Berichterstattung der Presse über gewerkschaftspolitische Aktionen und sozialpolitische Auseinandersetzungen. Die Massenblätter haben daran erheblichen Anteil. Gerade sie versuchen ständig, die Widersprüchlichkeit und die Konflikte, in denen der Mensch zwangsläufig steht, zu verharmlosen. Probleme, die abstraktes Denken zu ihrer Durchdringung verlangen, werden vereinfacht, umgangen, verschwiegen. Alle Differenzen sind auf das Persönliche bezogen. So wird der individuelle Erfahrungshorizont als umfassend empfunden, und der Mensch glaubt, über alles Bescheid zu wissen. Insofern entspricht das Bestreben der Massenpresse, politische Auseinandersetzungen zu vermeiden oder zu verniedlichen, dem Bestreben der meisten Menschen, mit sich und der Welt im Reinen zu sein. Die populären Boulevardblätter dienen in vieler Hinsicht der Ausschaltung des kritischen Denkens und Urteilsvermögens. Sie wenden sich an Instinkte in einer neuen, sehr wirksamen Form der Primitivkultur. Wir sollten ihnen ein Äquivalent direkt im Betrieb entgegensetzen. Die Möglichkeiten dazu wären vorhanden, können jedoch hier nicht näher erläutert werden.

Daß im übrigen bei uns das Gebiet der Publizistik und der Öffentlichkeitsarbeit ein im wesentlichen unbeackertes Feld ist, dürfte keinem verborgen geblieben sein. Daß wir in der Meinungsbildung auf das Wohlwollen von Tageszeitungen und Wochenblättern angewiesen sind, die politisch von der Mitte bis weit nach rechts rangieren, hat sich für uns — vor allem in Situationen akuter Auseinandersetzungen — sehr nachteilig bemerkbar gemacht. Nur ein geringer Teil der Tagespresse ist gewerkschaftsfreundlich, und keine der weitverbreiteten und renommierten Wochenzeitungen vertritt unsere Politik.

Schließlich sind noch eine Reihe von gerade für unsere Bildungsarbeit wichtigen Gebieten im kulturpolitischen Teil der Grundsätze gar nicht erwähnt. So findet sich kein Hinweis auf die kulturelle Bedeutung der Literatur, kein Wort über den Riesenmarkt der Taschenbücher (mehr als 100 Serien), keines über Buchgemeinschaften, ebenfalls nicht über den ungeheuren Einfluß der Plattenindustrie auf die Feierabendgestaltung besonders junger Menschen. Wie überhaupt die Freizeit und ihre Ausfüllung (Spiel, Sport, Unterhaltung) zu kurz kommt.

Die Taschenbuchproduktion nimmt — ausgehend von den amerikanisch-englischen Erfahrungen — astronomische Ausmaße an. Die Auflagen, auch die der anspruchsvolleren Titel, erreichen Höhen, die früher für den Buchhandel im Bereich der Träume lagen. Es kann uns einfach nicht gleichgültig bleiben, was auf unsere Kolleginnen und Kollegen auf diesem Gebiet (nicht zuletzt auch auf dem Markt der Schundliteratur) zukommt. Den gesamten Taschenbuchmarkt übersehen kaum die Fachleute, geschweige denn Laien. Bei der Auswahl ist mehr die Einbandgestaltung als der Inhalt maßgeblich. Buchhändlerische Beratung findet kaum noch statt. Reihenweise sind soziale Romane, populärwissenschaftliche Schriften, politisch-historische Werke, gesellschaftskritische Titel in Taschenbuchform oder Paperback erschienen, an deren Verbreitung in Kollegenkreisen wir zweifellos interessiert sein sollten. Es müßte sich ein Weg finden lassen, um hier direkt an die Arbeitnehmer in den Betrieben heranzukommen, sie mit Literatur dieser Art bekannt zu machen. Von ständigen Besprechungsseiten in unserer Presse bis zum Abonnementsangebot ganzer Serien bieten sich viele Möglichkeiten an. Namhafte Un-

ternehmer erklären offen, daß es ihnen nicht gleichgültig ist, was ihre Belegschaftsangehörigen lesen, und ergreifen entsprechende Maßnahmen. So kann für uns — als einzelne wie als Organisation — die Richtung der geistigen Beeinflussung der Mehrheit unseres Volkes einmal mehr zur Lebensfrage werden.

III

Sehen wir uns die Realitäten an, so nimmt sich die Praxis der Freizeitbetätigungen unserer Mitglieder und Funktionäre von Anspruch und Niveau her gesehen im Vergleich zu den Postulaten unserer kulturpolitischen Grundsätze mehr als dürftig aus. So gesehen hat der oft ausgerufen und seit einiger Zeit auch von allen sonst so unterschiedlichen Gruppen anerkannte und betonte Bildungsnotstand durchaus mehrere Aspekte. Er betrifft Erwachsene ebenso wie junge Menschen. Er umfaßt die Freizeit so gut wie die Schule. Freie Zeit zu haben, ist *eine* Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Kultur. Es ist aber nicht die einzige. Wenn Menschen sich in ihrem Denken und Trachten nicht mehr allein von materiellen Erwägungen, gepaart mit kultureller Bedürfnislosigkeit, leiten lassen sollen, so ist eine *andere* Voraussetzung die Sicherheit der Lebenslage, die es gestattet, sich geistigen und kulturellen Bereichen unbelastet von materiellen Sorgen zuzuwenden.

Die Haltung des: nimm mit, was du kriegen kannst, möglichst viel und möglichst sofort, die an die Stelle früherer solidarischer, genossenschaftlicher Verbundenheit getreten ist, entspringt ja im Grunde genommen der Unsicherheit menschlichen Lebens, die nicht geringer, sondern eher größer geworden ist. Sie entsteht außerdem aus dem Verlust ideologischer Klammern, die bisher durch keine andere geistige Kraft ersetzt werden konnten. Der Allgemeinverbindlichkeit der Normen von früher ist die Unverbindlichkeit, die Zweckmäßigkeit des Heute gefolgt.

Wir stehen vor einer seltsamen Erscheinung. Früher meinte man, daß Menschen in wirtschaftlicher Not auch geistig zurückbleiben müßten und daß demzufolge die Herauslösung aus der Armut die Voraussetzung für die Anhebung auch des geistigen Niveaus sein würde. Nun aber erleben wir eine zunehmende wirtschaftliche Gesundung der Arbeiterfamilien und stellen fest, daß trotzdem (oder gerade deshalb?) die geistige Entfaltung inadäquat bleibt. Politische und gesellschaftliche Zusammenhänge bleiben den Arbeitern fremd, ihre Bezogenheiten und ihre Interessen sind nach wie vor auf persönliche, familiäre, betriebliche, lokale — also überschaubare — Vorgänge gerichtet. Versuche, darüber hinauszukommen, sind mit Vorurteilen, Personifizierungen, Konkretismus belastet und eingeengt. Immer wieder kollicheren der hier und da vorhandene Wunsch nach umfassenderer Bildung mit dem — stärkeren — Verlangen nach augenblicklicher Befriedigung der materiellen Bedürfnisse, und so wird das Denken und Trachten überwiegend von materiellen Kategorien in Anspruch genommen. Wir selbst leisten dieser Mentalität Vorschub, indem auch wir diese Bereiche überbetonen. Ein weiterer Grund, weshalb ich dem kulturpolitischen Teil unseres Programms so große Bedeutung beimesse.

Die Möglichkeiten, an den kulturellen Ereignissen des Theaterlebens, der Musik, der Literatur teilzunehmen, sind für viele Menschen vielfältig und groß wie nie zuvor. Die moderne Massenkultur, d. h. die massenhafte Herstellung von Büchern, Zeitschriften, Schallplatten, Bildern — mit den Praktiken des Massenvertriebs abgesetzt —, ist das Ergebnis des gesellschaftlichen Strukturwandels der letzten Jahrzehnte. Immer mehr Menschen können an der Kultur teilhaben, und immer mehr stehen im Spannungsfeld zwischen Kultur und Kitsch.

Das Ende der Armut bedeutet zunächst weiter nichts, als das Ende des Lebens am materiellen Existenzminimum, das Nicht-mehr-hungern-Müssen, aber noch lange nicht

ZUM KULTURPOLITISCHEN TEIL DES GRUNDSATZPROGRAMMS

auch das Ende der kulturellen Deklassierung arbeitender Menschen, ihrer geistigen Bedürfnislosigkeit. Ihre Herauslösung aus dieser — von den meisten gar nicht empfundenen — Zurücksetzung kann nicht durch Verwaltungsakte oder Vertragsabschlüsse geschehen. Dazu bedarf es der eigenen Anstrengung und der großzügigen Starthilfe. Das Recht auf Kultur verbürgt noch nicht den hohen kulturellen Status. Ein Recht, das nicht ergriffen, nicht in Gebrauch genommen wird, rostet. Das hat natürlich nicht allein für Arbeitnehmerfamilien Gültigkeit; manchmal kommt man in Versuchung zu sagen, daß die kulturelle Bedürfnislosigkeit mit der Höhe des Einkommens wächst.

IV

Im Abschnitt 3 unserer kulturpolitischen Grundsätze interessiert in diesem Zusammenhang vor allem der Punkt 4, die Erwachsenenbildung. Was uns zu tun bleibt, um die politische Bildungssubstanz im Funktionärkörper und im aktiven Teil unserer Mitgliedschaft herzustellen, kann nur der ermessen, der in der Bildungsarbeit der Gewerkschaften oder/und dem DGB tätig ist. Wer wie der Verfasser seit der Gründung des DGB in dessen Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit steht und seit vielen Jahren beobachtet, wie einseitig nationalistisch verzerrt das Geschichtsbild des überwiegenden Teiles der Arbeitnehmer ist, wie stark ressentiment- und gefühlsbetont dazu, der weiß auch, welche Anstrengungen es bedarf, um für unser langfristiges Wollen auf wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischem Gebiet im Funktionärkörper unserer Organisationen die geistige Plattform zu schaffen. Wie stark sich in dieser Hinsicht die Meinungsbildung unserer Kollegen an das Niveau und die Tendenz unserer Presse anlehnt, wird einem erst dann richtig bewußt, wenn die großen Lücken beim Unterricht in diesen Themen zu Tage treten — wie sehr uns daran gelegen sein muß, auch diesem Bereich in unserer Presse und in unserer Bildungsarbeit mehr Raum zu geben, allerdings auch.

In Arbeiterhaushalten spricht man weniger über Politik, wirtschaftliche Zusammenhänge oder gar über Theater, Literatur, dafür mehr über die Nachbarn, die Verwandten, Kino- und Fernsehstücke, betriebliche Zusammenhänge, Arbeitskollegen, Geld, Wünsche und dergleichen, man spricht über die Gegenwart, über konkrete Bereiche, über Personen mehr als über Probleme.

Dinge, von denen und über die Menschen sprechen, sind maßgebend bei ihrer Urteilsbildung. Urteile kommen weitaus mehr zustande durch überbetonte und überbewertete Einzelerfahrungen, durch Vorurteile — zustande gekommen am Bild minderwertiger, primitiver Informationen —, durch das Gefühl wirtschaftlicher sozialer Unsicherheit, also unter dem Einfluß vom Denken an Sicherheit und Bestand des Vorhandenen, als durch sachliche, vernünftige Überlegung und folgerichtiges Denken. Hinzu kommt die auch bei unseren Kollegen häufig zu beobachtende Einstellung: „Was können wir schon tun? Wir können ja doch nichts ändern!“ D. h. man schließt von der Objektivität des Arbeitslebens auf alles andere. Man lebt mehr in einer Welt von Unwirklichkeiten und Halbwahrheiten als in der Realität. Vorurteile, gepaart mit primitiven Teilinformationen, beeinflussen weitgehend die Haltung und die Diskussionen, wobei wir es in unseren Bildungseinrichtungen — von Ausnahmen abgesehen — sogar mit den bereits Aufgeschlossenen zu tun haben.

Es ist oft deprimierend und bedrückend zu sehen, wie wenig — selbst in unseren Lehrgängen — unsere Kollegen von hochwichtigen politischen und wirtschaftlichen Ereignissen Notiz nehmen. Sie sind häufig mit ihren eigenen Problemen des Geldverdienens, der Absicherung des sozialen Status, der Familie, des Sportfanatismus so beschäftigt, daß für anderes — wichtigeres — nur noch wenig Zeit und Interesse bleibt. Man lebt von und in der Gegenwart. Wichtig ist, was augenblicklich und richtig ist, was die Öffentlichkeit als richtig ansieht. Meistens vom Standpunkt des Passiven, des Hinnehmenden, des Resignierten aus betrachtet.

Von Gemeinsamkeiten des Lebens kann man eigentlich nur noch insofern sprechen, als alle dieselben Sendungen sehen und hören, alle dieselben Zeitungen lesen, alle dieselben genormten Gegenstände kaufen, deren Unterschiede mehr in der Verpackung als in der Qualität bestehen, alle dieselben großen Schaustellungen des Sports besuchen. Eine riesige Zahl von Menschen, konsumbewußt und auf Versorgung jeglicher Art bedacht, deren Kooperation lediglich in ihrer teils freiwillig bewußten, teils durch die Erziehung bedingten Passivität besteht.

Zu der bereits erwähnten Gegenwartbezogenheit kommt neben dem Unbehagen, sich mit der jüngsten Vergangenheit auseinanderzusetzen, eine weitgehende Dunkelheit, was historische Tatsachen und Zusammenhänge anbetrifft. *Bismarck* und das Deutsche Reich, der 1. Weltkrieg, einige — oft zusammenhanglose — Vorgänge aus der Zeit *Friedrichs II.* oder der *Napoleonischen* Kriege sind meistens die einzigen Überbleibsel des Geschichtsunterrichts der Volksschulen früherer Zeit. (Einiger Wandel beim Geschichtsbild junger Menschen deutet sich an.) Vollkommen finster aber wird es, versuchen wir wirtschafts- und sozialgeschichtliche Daten oder Ereignisse zu diskutieren. Geschichtsunterricht bestand und besteht vorwiegend aus National- und politischer Geschichte und ließ das soziale Leben des Volkes und zum großen Teil auch seine Kulturgeschichte außer Betracht.

V

Die Menschen leben nicht nur in und von der Gegenwart, sie denken auch in der Gegenwart. Vergangenheit und Zukunft sind für sie wenig mehr als die Betrachtung einiger Generationen zurück und voraus. Ein wirklicher Kontakt zu historischen Vorgängen, ein Sinn für mögliche künftige Entwicklungen, ist kaum vorhanden. Vergangenheit heißt: die Großeltern, die „gute, alte Zeit“. Zukunft heißt: Verlängerung der Gegenwart möglichst ohne Risiko.

Einerseits Verallgemeinerung, andererseits Verharren im Detail, in der Gegenwart, fehlender Zugang zu historischen Entwicklungslinien, Zukunftslosigkeit in den Lebensvorstellungen sind in denjenigen unserer Lehrgänge, die thematisch auf das Erfassen großer komplexer Zusammenhänge abgestellt sind (Grundlagenkurse), persönlich und sachlich das größte Hemmnis. In weiten Bereichen unserer gewerkschaftlichen Schulungs- und Bildungsarbeit haben wir vor diesen Schwierigkeiten des Fehlens von perspektivischem Denken und des dadurch verursachten Desinteresses kapituliert und haben uns auf den Koncretismus praxisnaher Themen aus dem Betriebsbereich zurückgezogen.

Menschen mit geringer Bildung sind gefühlsmäßig autoritärer, intoleranter, politisch passiver, als solche mit einem höheren Erziehungsniveau. Das merken wir in unseren Lehrgängen deutlich genug. Besonders ins Auge fallend ist — von der Situation unserer Schulen her betrachtet — der Bildungsunterschied zwischen Ungelernten und Facharbeitern. Unvollkommene Schulbildung und geringe Berufsausbildung, Intoleranz, politische Unwissenheit und Passivität liegen oft eng zusammen.

Zweifellos hängen außerdem niedriger wirtschaftlicher und sozialer Status häufig zusammen mit Fatalismus, Unterwürfigkeit und Mangel an Selbstvertrauen. *Hoggart*¹⁾ hat sicher recht, wenn er zu dem Schluß kommt, daß im Leben des Arbeiters das Konkrete überwiegt. Denken in abstrakten Kategorien ist außerordentlich schwer für jemand, dem das geistige Arbeiten mit Begriffen, die außerhalb seines täglichen Erlebens, seinem Milieu liegen, unbekannt oder doch Ausnahme ist. Die Menschen denken milieuummanent.

Solange außerdem in unserer Politik Erfolg oder Mißerfolg maßgeblich an in Tarifauseinandersetzungen gewonnenen oder nicht gewonnenen Prozenten, also am Lebensstandard gemessen wird, sind wir von den eigentlichen Kernproblemen — wirtschaftlich

1) Richard Hoggart, *The Uses of Literacy*, London 1957.

ZUM KULTURPOLITISCHEN TEIL DES GRUNDSATZPROGRAMMS

und kulturell — weit entfernt. Das Einkommen kann nicht der Gradmesser sein, an dem die Mobilität einer Gesellschaft gemessen wird, es ist auch nicht das Kriterium für soziale Gleichberechtigung, das sind immer noch oder mehr als je zuvor die Aufstiegschancen, die Startgleichheit, und die sind Arbeitern wie Angestellten weitgehend verwehrt. Die geringen Möglichkeiten, einige Sprossen emporzukommen, sind zu einer Ideologie aufgebaut worden und lenken weitgehend von der Tatsache ab, daß Schlüsselpositionen — auf die es allein ankommen kann — einer sehr kleinen privilegierten Schicht vorbehalten sind. Sie lenken außerdem von der Erkenntnis ab, daß für Aufstieg und Besserstellung kollektive Anstrengungen nötig sind, also die Frage nach der Solidarität nach wie vor gestellt ist. Die Voraussetzungen zur Beseitigung dieser Deklassierung liegen nicht in der Sozialpolitik, sie sind in erster Linie eine Angelegenheit der Schulsysteme, der Kulturpolitik, der Gesellschaftsstruktur.

So aber passen wir uns auch hier dem Denkschema und dem Bildungsstand unserer Mitglieder an und bleiben im Konkreten. Akkordsatz, Wochenlohn, Gehalt, Urlaub, Weihnachtsgeld sind überschaubare, faßbare Größen. Das Interesse und die Einsicht, vielleicht sogar die Begeisterungsfähigkeit für Probleme außerhalb der Vitalexistenz steigt und fällt mit dem Bildungsgrad, und da liegt der Hase im Pfeffer.

VI

Alle ernsthaften Auseinandersetzungen gehen über den Komplex Lohnpolitik weit hinaus. Solange wir die Lohnpolitik in den Mittelpunkt stellen, haben wir keine ernsthaften Schwierigkeiten von den Arbeitgebern zu erwarten. Diskussionen und Verhandlungen über mehr Geld sind hinhaltender Widerstand, lenken ab von den Schlüsselproblemen, und die liegen nicht im Bereich Lohn, Arbeitsbedingungen, sondern im Bereich der Kontrolle der Macht, Anteil an der Macht. Ohne die Wichtigkeit der Lohnpolitik zu verkennen, müssen die Relationen in die richtige Rangfolge gerückt werden, vom weitgehenden Desinteresse der Arbeitnehmer im Betrieb an Tarifverhandlungen infolge der großen Unterschiede zwischen Tarif- und Effektivlohn gar nicht zu reden.

Ist es nicht paradox, in einer Epoche, in der politische, wirtschaftliche, soziale Entscheidungen aus der Enge der Region und der Nation herauswachsen, eine Rückwendung zum kleinen Bereich, zur Detailfrage, zur engen Bezogenheit auf kleinen Raum zu vollziehen, während sachliche intellektuelle und rationale Durchdringung *großer Zusammenhänge* das bildungspolitische Erfordernis der Zeit ist?

Ist es nicht paradox, daß einerseits die Politik immer sachlicher und weniger ideologiegetragen wird, ideologische Gegensätze der Zweckmäßigkeit, dem Pragmatismus gewichen sind und die Menschen umgekehrt bei ihren politischen Entscheidungen von Ressentiment und Gefühl geleitet werden? Der Rationalität der Politik steht der Appell an die Gläubigkeit der Massen gegenüber. Das Mandat der Führung stützt sich immer weniger auf Wissen und Überzeugung und immer mehr auf Glauben, Vertrauen, also auf Gefühlswerte. Das allgemeine Zeichen der Zeit ist politische Ratlosigkeit. Die Menschen pendeln zwischen Passivität und Leidenschaft, und beides hat mit Sachlichkeit und Durchdringung der Probleme wenig zu tun. Die Parteien tun wenig für die politische Bildung und nehmen damit ihren Verfassungsauftrag nur unvollkommen wahr. Vielen Politikern mag es sogar recht sein, wenn ihre Wähler mehr gefühls- und stimmungsbezogen reagieren als sachlich.

Ist es möglich, demokratische Interessen durch die Aktivierung politischer Mitverantwortung in kleinen Zirkeln, lokaler Zellenbildung, auf der Basis der Dezentralisation zu intensivieren, während alle wichtigen demokratischen Entscheidungen großräumig sind? So hat der Bürger zwar das Recht auf Kritik, aber nicht die Fähigkeit dazu.

Wirtschaftliches, politisches und soziales Geschehen hat seinen Ursprung weit außerhalb eines Betriebes, außerhalb einer Gemeinde. Es wirkt aber in beide hinein und löst Reaktionen aus, die in das Dasein des einzelnen Menschen eingreifen, sei es im Produktionsablauf, in technischen, sozialen oder kaufmännischen Konsequenzen. Sie im Zusammenhang zu erkennen, sie ursächlich zu durchschauen, ist auf der Basis des betrieblichen oder kommunalen Geschehens nicht möglich. Wie kann ich aber mitbestimmen, mitverantworten, wenn mir die Gesamtschau, die Übersicht fehlt?

Je unübersichtlicher politische, wirtschaftliche und technische Tatbestände werden, je mehr Mühe und eventuell auch Ärger oder Angst das Beschäftigten mit ihnen verursacht, je mehr wächst die Neigung abzuschalten, sich zurückzuziehen in die überschaubare Welt der Familie, der Nachbarschaft, des Betriebes — des Konkreten.

Ein weiteres — politisches — Problem kommt auf uns zu. Immer wieder versuchen Staat und Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften an die Kette eines Gewerkschaftsgesetzes zu legen, mit dem die Tarifautonomie eingeschränkt wird. Die Arbeitgeber können solchem Bemühen gelassen zusehen, weil der Tarifbereich wohl für die Gewerkschaften wichtiger Teil ihrer Lebensbasis ist, nicht aber für die Unternehmer, denen eine Aktionsbeschränkung der ständig fordernden „Sozialpartner“ sehr gelegen käme.

VII

Versuchen wir eine Zusammenfassung:

1. Die meisten Menschen reagieren innerhalb überschaubarer, sie direkt betreffender Zusammenhänge. Real ist für sie das, was unmittelbar in Betrieb, Familie, Gemeinde auf sie einwirkt, was sie sehen, erleben. Ihre direkte Beziehung dazu ist ihr Maßstab für Wichtigkeit und Dringlichkeit.

2. Die meisten Menschen kennen ihre eigenen Interessen nicht, insofern sie langfristig sind. Ihre politische Entscheidung wird um so irrationaler, je umfassender und vorausgreifender die anstehenden Probleme sind. Es zählen für die politische Betrachtungsweise, für die Entscheidung weit mehr kurzfristige, tagespolitische, materielle Versprechungen und Erwartungen als grundsätzliche, gesellschaftspolitische Entscheidungen.

3. Politischer Wille, politische Haltung sind immer beeinflusst, gelenkt von Mächten, die außerhalb der persönlichen Bereiche wirksam sind. Da der Mehrheit die Übersicht fehlt, wird Wichtigkeit und Rangfolge politischer Entschlüsse nicht von Realitäten, sondern von Wunschdenken und Ressentiment bestimmt. Das heißt, daß vom Volk aus, von der Mehrheit der Wähler die Kernfragen der Lebens- und Wirtschaftsordnung nicht gestellt und nicht entschieden werden.

4. Demokratie lebt von der Konkurrenz der Interessen, von der Korrigierbarkeit der politischen Entscheidungen durch die Wähler. Das heißt, das Volk kann diese Entscheidungen nachträglich annehmen oder ablehnen durch sein Votum; das heißt aber nicht, daß vom Volk selbst und unmittelbar der politische Weg entschieden wird. Je geringer politisches Verständnis ist, je größer der Spielraum der Politiker. Für uns und heute heißt das: Die Ermessensfreiheit der Exekutive und auch der Legislative sind groß, denn die politische Potenz der Bürger ist gering. Es mag richtig sein, daß man auf Dauer kein Volk zum Narren halten und es auch nicht ständig unterdrücken kann, aber das besagt nicht, daß ein unpolitisches Volk nicht in eine Zukunft geführt werden kann, die es eigentlich gar nicht will.

5. Wie schaffen wir es, die auf die materielle Lage bezogene Unzufriedenheit vieler aktiver Kräfte auf die Unruhe über die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu lenken? Hier allein liegen doch die Ansatzpunkte für die mögliche Änderung auch der materiellen Verhältnisse.

ZUM KULTURPOLITISCHEN TEIL DES GRUNDSATZPROGRAMMS

6. Wie schaffen wir es, unseren Kollegen bewußt zu machen, daß eine fatale Wechselwirkung zwischen materiellem Wohlstand und kultureller Anspruchslosigkeit besteht, daß unsere Massenblätter, die billige Literatur und auch ein Teil der Fernsehprogramme davon lebt, vorhandene Konflikte zu verharmlosen, zu banalisieren und dadurch vom Kern der Dinge, den Auseinandersetzungen um soziale Sicherheit, Mitbestimmung, Macht ablenkt? Die unbequemen Frager, die Mißtrauischen, Unruhigen werden immer seltener. Die Bequemen nehmen an Zahl zu. Paßt der Mensch sich an, ist er gern gesehen, wird gefördert, ist Bestandteil der Ordnung. Wir aber müssen immer unbequem sein; wenn wir einmal bequem sind für die anderen, dann haben wir kapituliert.

7. Wir haben als Teil der Arbeiterbewegung in der Monarchie der 80er und 90er Jahre, der Epoche vor dem 1. Weltkrieg, an der Lösung der sozialen Frage, d. h. an der Erlösung der Arbeiter von Hunger und Elend erfolgreich gearbeitet. Wir haben mit der Errichtung der Weimarer Republik den Staat bauen helfen, der den Arbeitern die politische Gleichberechtigung und ihre Eingliederung in die Gesellschaft bringen sollte. Wir haben die Voraussetzungen für den Wohlstand heute maßgebend mit geschaffen, auch wenn diese Tatsache vielen Leuten entfallen ist. Wir haben Erfolg gehabt, wir haben viele Probleme der materiellen Sicherung gelöst. Aber jedes gelöste Problem hat uns bis jetzt vor neue und größere Aufgaben gestellt, und jedesmal heißt es, sich erneut zu bewähren.

Die größte Aufgabe, die nun vor uns steht, scheint, mir die Heranführung der Arbeiter an die Kultur zu sein.